

Die Linke Sachsen

Cottaer Straße 6c, 01159 Dresden

Ingenieurkammer Sachsen

per Mail an: redaktion@ing-sn.de**Die Linke Sachsen**Cottaer Str. 6c
01159 DresdenTelefon: 0351 853 270
kontakt@dielinke-sachsen.de
www.dielinke-sachsen.deDE75850900002719901002
GENODEF1DRS

Dresden, 06.08.2024

Beantwortung Ihres Wahlprüfsteines

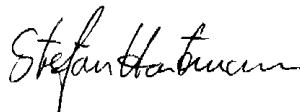
Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Miriam von Keutz,

wir möchten uns bei Ihnen herzlich für die Zusendung Ihres Wahlprüfsteines für die Landtagswahl 2024 in Sachsen und für Ihren Anspruch, an der Gestaltung demokratischer Prozesse in Sachsen aktiv mitzuwirken, bedanken.

Im Folgenden erhalten Sie unsere Antworten auf Ihren Wahlprüfstein.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Schaper
LandesvorsitzendeStefan Hartmann
Landesvorsitzender

Frage 1: In den letzten Jahrzehnten haben die Kammern viele originäre Aufgaben als unverzichtbare Partner der (Bau-)Verwaltung übernommen. Um eine Finanzierung und damit kontinuierliche Erledigung dieser Aufgaben zu gewährleisten, ist die Einführung einer gesetzlichen Mitgliedschaft zwingend notwendig.

Wir schätzen die Arbeit der Ingenieurkammern auf Bundes- und als Landesebene sehr, denn sie tragen dazu bei, dass im hochsensiblen Baubereich wichtige Aspekte der Sicherheit, aber auch der Digitalisierung berücksichtigt werden. Wir unterstützen daher die Stärkung der Ingenieurkammern als Selbstvertretungsorgan und setzen uns für eine Prüfung einer gesetzlichen Mitgliedschaft ein.

Frage 2: Sachsens Ingenieurbüros leiden unter überzogenen Referenzanforderungen, die den Wettbewerb einschränken und die Effizienz der Vergabepaxis beeinträchtigen. Der Wegfall von § 3 Absatz 7 Satz 2 VgV verschärft die Situation zusätzlich. Wir fordern eine Vereinfachung öffentlicher Vergaben.

Mit der o.g. Reform des Vergaberechts wird sich wahrscheinlich in der Tat ein höherer Erfüllungsaufwand besonders für kleinere Planungsbüros ergeben. Allerdings war die Entscheidung zur Reform auf Bundesebene keine politische, sondern eine juristische Entscheidung. Deshalb ist die Reform grundsätzlich sinnvoll, denn im Vertragsverletzungsverfahren INFR(2018)2272 droht sonst nach Auskunft der Bundesregierung eine Niederlage. Grundsätzlich setzt sich Die Linke für ein modernes Vergaberecht ein, in dem das Angebot als das wirtschaftlichste gilt, das durch soziale und ökologische Kriterien die geringsten Zukunftsausgaben verursacht (das meint etwa Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden, Sozialleistungen auf Grund von Lohndumping und Nachbesserungsarbeiten und damit Zeitverzug auf Grund von zu knapp kalkulierten Budgets). Dies trägt mit klaren Kriterien, die Arbeit sparen, zu einer Vereinfachung des Vergaberechts bei.

Frage 3: Die Abschaffung der HOAI-Mindest- und Höchstsätze hat zum Preisdumping zu Lasten des Verbraucherschutzes geführt, was mit dem Qualitätsversprechen der planenden Ingenieure unvereinbar ist. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur konsequenten Anwendung der HOAI durch öffentliche Auftraggeber.

Das entsprechende Urteil des europäischen Gerichtshofs liegt immerhin schon fünf Jahren zurück. In dieser Zeit haben es die Bundesregierungen leider versäumt, das Problem an der Wurzel zu packen und eine Folgelesung zu präsentieren. Die Linke will im Unterschied zu den geltenden Regelungen, dass nicht das billigste Angebot als das wirtschaftlichste gilt, sondern jenes, das dank ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit die geringsten Folgekosten verursacht. Insofern setzen wir uns auch dafür ein, dass sich die Vergabestellen im Rahmen ihrer Möglichkeiten schon jetzt nicht am billigsten Angebot orientieren: Unternehmen, die sich weiterhin an die

HOAI halten, sollten deshalb nicht benachteiligt werden, wenn sie für eine bessere soziale und ökologische Nachhaltigkeit stehen.

Frage 4: Die Bau- und Planungsbranche hat großes Digitalisierungspotenzial (Stichwort Building Information Modeling). Mit dem Pilotprojekt „Digitalisierung der Bauverwaltung in Sachsen“ wurde der richtige Weg eingeschlagen. Wir fordern eine flächendeckende Umsetzung, um Planungsprozesse zu beschleunigen.

Die Partei die Linke spricht sich ebenso für eine rasche Umsetzung der Pläne zur Verwaltungsdigitalisierung aus. Hierzu muss in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld investiert werden, nachdem im aktuellen Bundeshaushalt an dieser Stelle extrem gekürzt worden ist. Es braucht des Weiteren das klare Engagement der sächsischen Staatsregierung: Die rasche Entwicklung der Onlinedienste im Rahmen des „Einer-für-alle“-Prinzips, sowie die schnellstmögliche Übernahme entwickelter Lösungen aus anderen Bundesländern. Bei alledem setzen wir uns für klare Datenschutzregeln und Lösungen zugunsten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein.

Frage 5: Kommunale Wärmeplanung ist eine Aufgabe, die mit Ingenieurverstand gelöst werden kann und sollte. Wir fordern die zügige Umsetzung einer landesrechtlichen Regelung unter Einbeziehung der in der Ingenieurkammer gebündelten Fachkompetenzen.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass die kommunale Wärmeplanung eine Frage der Daseinsvorsorge ist, und dass Ingenieurinnen und Ingenieure hier eine zentrale Rolle spielen. Leider ist bisher eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für eine gelingende kommunale Wärmeplanung nicht gelöst, nämlich die Finanzierung. Wir fordern, dass die Kommunen nicht alleine gelassen werden. Eine gelingende kommunale Wärmeplanung braucht aber mehr als Geld: Wir sprechen uns deshalb dafür aus, ein regionales Klimaschutzmanagement mit Quartiersmanagement aus Landesmitteln zu finanzieren. Sie sollen als Ansprechstellen für Unternehmen, Bevölkerung, Vereine und Organisationen fungieren, um bestehende Fragen zu klären und damit zu einer breiten Akzeptanz der Wärmewende beitragen. Des Weiteren befürworten wir vereinfachte Verfahren und so genannte „Konvoiverfahren“. Sie müssen in der vorgesehenen landesrechtlichen Verordnung ermöglicht werden.

Frage 6: Im Sinne des Prinzips des lebenslangen Lernens muss die Anerkennung inländischer und ausländischer Berufsqualifikationen vereinfacht werden. Zudem fordern wir eine Verschlankung der Verwaltung, die ja selbst Ingenieurstellen bindet und somit den Fachkräftemangel in der Wirtschaft verstärkt.

Um die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollen wir die Anerkennung von Berufskennnissen vereinfachen. Es müssen alle Kosten für die entsprechenden Verfahren übernommen werden, denn Geld darf hier keine Rolle spielen. Zudem soll ein Beratungsanspruch für Menschen mit Migrationsgeschichte eingeführt werden, um sie dabei zu unterstützen, sich im Bürokratiedschungel zurecht zu finden. Wir wollen zudem eine stärkere Berücksichtigung praktischer Berufskennnisse und fordern einen Freistellungsanspruch für Anerkennungskurse in Berufsanerkenntungsverfahren mit Ausgleichszahlungen für Unternehmen.

Lebenslanges Lernen ist für uns selbstverständlich. Daher setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen in Sachsen und deren Finanzierung durch den Freistaat ein. VHS-Kursleitende sollen rechtlich abgesicherte und angemessen vergütete Arbeitsverhältnisse erhalten. Volkshochschulen und andere Weiterbildungsträger sollen staatliche Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen durchführen dürfen. Um Hürden für Beschäftigte abzubauen, Weiterbildungsangebote wahrzunehmen, fordern wir fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr für alle sächsischen Beschäftigten.

Wir streben zudem eine Entbürokratisierung an, um langfristig personellen Engpässen in der Verwaltung entgegenzuwirken. Im enger werdenden Arbeitsmarkt entstehen neue Konkurrenzen, z.B. zwischen Verwaltung und Unternehmen im Ingenieurbereich. Unternehmen und Behörden müssen sich an diese Situation anpassen. Kurzfristig ist es keine Lösung, weniger Personal in der Verwaltung einzustellen, da dies zu längeren Bearbeitungszeiten und Mehrbelastung führt. Bessere Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft, wie Tarifbindung, Betriebsräte und gutes Betriebsklima, können helfen, mehr Fachkräfte anzuziehen. Die Partei Die Linke will Unternehmen dabei mit Beratungsinstrumenten und Förderungen unterstützen.

Frage 7: Die steigenden Anforderungen in ingenieurtechnischen Berufen erfordern höhere Qualifikationen. Der aktuelle MINT-Anteil von 51 Prozent (bezogen auf ein 6-semesteriges Bachelorstudium) fördert einen inflationären Umgang mit der Bezeichnung „Ingenieur“. Wir fordern, den Anteil auf mindestens 70 Prozent zu erhöhen.

Schule ist für uns das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es bestimmte Anforderungen, die die Gesellschaft an die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler stellt. Vor diesem Hintergrund muss der MINT-Bereich gefördert werden, wobei das Prinzip der Freiwilligkeit an oberster Stelle steht. Wir setzen uns dafür ein, gezielte Förderungen anzubieten, um Frauen und Mädchen für Karrieren im MINT-Bereich zu begeistern. Wir wollen das Interesse an MINT-Berufen bei Mädchen und Frauen durch Programme, Mentoring und Vorbilder aus der Praxis fördern. Durch frühzeitige Interventionen in Schulen und die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Hochschulen wollen wir geschlechterspezifische Barrieren abbauen und Frauen für MINT-Berufe gewinnen.

Frage 8: In Deutschland muss ein Beratender Ingenieur seine Unabhängigkeit von gewerblichen Interessen sowie fachliche Expertise vor einem unabhängigen Gremium nachweisen. Wir fordern die Einführung des Beratenden Ingenieurs als Prüfkriterium bei Vergabeleistungen der öffentlichen Hand.

Wie in Frage 2 beschrieben, begrüßen wir Maßnahmen und Vorschläge zur Reform des Vergaberechts in Richtung eines sozial und ökologisch nachhaltigen Rechts. Mit ihrer Berufserfahrung und ihrem Wissen können Beratende Ingenieure gerade für kleinere Vergabestellen wichtige Ansprechpersonen für solche Fragen sein.

Frage 9: Wir fordern eine gut erhaltene Infrastruktur mit hoher Investitionsquote für eine prosperierende Wirtschaft. Steuereinnahmen sollten vor allem in Infrastrukturanerung fließen. Die Verabschiedung des Haushaltsplans im Vorjahr ist für die Planungssicherheit der Ingenieurbüros entscheidend.

Die Partei die Linke setzt sich seit ihrer Gründung für eine gute öffentliche Infrastruktur ein; dazu zählen für uns neben der baulichen Infrastruktur auch die soziale Infrastruktur wie beispielsweise Kindertagesstätten und Schulen und die verschiedenen Teile der leitungsgebundenen Versorgung der Bevölkerung wie beispielsweise Wasser, Elektrizität und Internet. Nach verschiedenen Gutachten auf der Landes- und Bundesebene reichen allerdings die Steuereinnahmen nicht aus, um schon dem Sanierungsstau in der baulichen Infrastruktur zu begegnen. Wir sprechen uns daher für eine Reform der „Schuldenbremse“ aus, die eigentlich eine Investitionsbremse ist, um die benötigten Investitionen durchführen zu können. Es erspart künftigen Generationen hohe Folgekosten, wenn das legitime Mittel staatlicher Kreditaufnahme maßvoll genutzt wird. Eine zügige und planmäßige Verabschiedung des Doppelhaushalts durch den Sächsischen Landtag ist im Interesse aller.